

LDV 2./3. Juni 2026

**Dringlichkeitsantrag:**

**Nein zum geplanten Kahlschlag der Bundesregierung im Gesundheitswesen, Angriffe auf 8-Stunden-Tag, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Teilzeitregelungen und Anhebung des Renteneinstiegsalters!**

**Generalstreik gegen diesen Generalangriff ist notwendig!**

Die GEW Berlin startet unmittelbar Widerstand gegen die in den letzten Wochen bekannt gewordenen Angriffe der Bundesregierung. Diese plant die Aufhebung des 8-Stunden-Tages, Abschaffung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für die ersten 3 Tage oder Einschnitte bei der Jugendhilfe und anderen Sozialleistungen. Aber auch die Angriffe im Gesundheitswesen sind geplant wie z.B. die Senkung von Krankengeld (auch Kinderkrankengeld) um 5 Prozent begrenzt auf maximal 78 Wochen innerhalb von 3 Jahren, höhere Zuzahlungen bei Medikamenten, Kürzungen bei Leistungen der Krankenkassen und letztendlich Schließung von Krankenhäusern, deren Finanzierung nicht mehr abgesichert ist. All das soll schon vor der Sommerpause beschlossen und dann schnell umgesetzt werden. Das muss dann verbunden werden mit Forderungen nach dringend nötigen Verbesserungen.

Die GEW Berlin beteiligt sich an den bereits geplanten Protesten vom Bündnis „Es reicht!“ und ruft die Mitgliedschaft zur Teilnahme auf.

Folgende bereits bekannte Termine in Berlin und bundesweit werden unterstützt und es wird versucht, bereits bestehende andere Bündnisse auf diese Termine zu orientieren:

10.6.26 bundesweiter und zentraler Protest gegen die Angriffe im Gesundheitswesen in Hannover (ver.di mobilisiert bereits Busse)

25.06.26 Protest gegen die Ministerkonferenz in Berlin

***weitere Proteste (noch ohne genaue Termine):***

Protest anlässlich Kabinettsbeschluss zu weiteren Kürzungen und Angriffen auf unsere Rechte (Ende Juni)

Proteste vor Haushaltsbeschluss des Bundestages (Ende August/Anfang September)

Gleichzeitig wird dieser Antrag an andere Landesverbände und auf Bundesebene weitergeleitet und sich dafür eingesetzt, dass die GEW bundesweit die entstehenden Protest-Bündnisse unterstützt und sich durch den Aufruf zu Protesten bis hin zu Streiks aktiv daran beteiligt.

Eine Kampagne von allen DGB-Gewerkschaften wird schnellstmöglich gestartet, um weitere Verschlechterungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen unserer Mitglieder (und darüber hinaus) zu verhindern.

Antragsteller\*innen: Marén Wiese, Johannes von Simons

Sachgebiet: Arbeitnehmerrechte, Gesundheit, Gesellschaft

Begründung:

Dringlichkeit

Am 10.5.26 haben sich auf Initiative der Linken erstmals aktive und interessierte Menschen in Berlin getroffen, um gegen die immer konkreter werdenden Angriffe der Bundesregierung breiten Widerstand zu organisieren. Auf diesem ersten Treffen waren Menschen aus unterschiedlichsten Sozialverbänden, linken Organisationen und Gewerkschaften anwesend.

Es sollen jetzt schnell erste Proteste organisiert werden. Am 1.6. (gestern) fand schon eine erste Kundgebung vor der Volksbühne statt.

Jetzt geht es darum, auch Organisationen wie Gewerkschaften schnell mit ins Boot zu holen. Die Angriffe treffen alle und besonders die schwächsten in der Gesellschaft.

Da die Bundesregierung bereits Ende Juni die Vorschläge in den Bundestag einbringen will und diese Auswirkungen auf den Haushaltsplan, der ab September diskutiert und dann schnell beschlossen werden soll, braucht es jetzt konkrete und starke Gegenwehr auch und vor allem mit den Gewerkschaften wie der GEW Berlin.

Inhaltliche Begründung:

Es formiert sich Widerstand in der Gesellschaft, aber es scheinen sich parallele Strukturen zu bilden. Während die LINKE versucht breite Bündnisse auf die Beine zu stellen, bereiten die DGB-Gewerkschaften wohl unabhängig davon Proteste vor.

Dieser Widerstand ist zwar grundsätzlich zu begrüßen, wir Antragsteller\*innen denken aber, dass es wichtig ist, diese Proteste zusammenzuführen. Gemeinsame Aufrufe zu Protesten von LINKE und Gewerkschaften könnten noch mehr Druck auf die Regierung ausüben. Damit könnten dann nicht nur Angriffe zurückgedrängt und Verschlechterungen verhindert werden, sondern auch die Möglichkeit entstehen, in die Offensive für Verbesserungen zu gelangen.

Aus diesem Grund wäre eine gemeinsame Kampagne von DGB und LINKE sowie weiteren Unterstützer\*innen sinnvoll. Dort gäbe es die Möglichkeit, weitergehende Forderungen zu diskutieren und damit auch die Unterstützung für diese zu erweitern.

Zentrale Forderungen für eine solche Kampagne sollten sein:

- Nein zu allen Angriffen auf das Gesundheitswesen. Für eine bedarfsgerechte und wohnortnahe Krankenhaus- und Gesundheitsversorgung ohne Profitmacherei durch Pharmaindustrie, Medizingeräteindustrie und private Krankenhauskonzerne. Rekommunalisierung privatisierter Krankenhäuser und -betriebe. Weg mit den Fallpauschalen. Schluss mit der Zweiklassenmedizin.
- Nein zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich statt Arbeitszeitverlängerung
- Nein zur Erhöhung des Renteneinstiegsalters und weiterer Verschlechterungen bei der Rente - stattdessen Senkung auf 60 Jahre und Einführung einer steuer- und abgabenfreien Rente in Höhe von 70 Prozent des Nettolohns
- Nein zu allen Kürzungen und Verschlechterungen für die arbeitende Bevölkerung auf allen Ebenen - in der Kommune, im Land, im Bund und im Betrieb.
- Nein zu Arbeitsplatzvernichtung - wer entlässt gehört enteignet!

- Massive Abrüstung statt Aufrüstung, Wehrpflicht und Militarisierung. Nein zum zum 5-Prozent-Ziel der NATO
- Für ein öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Soziales, Bildung, Gesundheit und Umwelt finanziert durch die Profite der Banken und Konzerne
- Für eine Vermögenssteuer von zehn Prozent ab einer Million Euro Vermögen und ein stark progressives Steuersystem mit drastisch höheren Steuern auf Unternehmensprofite und große Erbschaften

Statt einer Politik für Milliardäre brauchen wir eine Politik für die Mehrheit der über 80 Millionen Menschen hier.